

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungspublizisten incl. Botensohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Die Wahlen zum norddeutschen Parlament.

In Berlin hat sich ein Central-Komitee für die Wahlen zum norddeutschen Reichstage gebildet. Wir zweifeln nicht daran, daß ziemlich bald auch lokale oder Kreis-Komitees für denselben Zweck zusammentreten werden. Aber wir fürchten sehr, daß es in manchen Kreisen unter den Wählern selbst an dem rechten Eifer fehlt, und daß daher an vielen Orten Wahlen zu Stande kommen könnten, die dem preussischen Volke nicht zur Ehre und zum Vortheil gereichen.

Und doch handelt es sich um eine überaus wichtige Sache, denn die Männer des preussischen Volkes sollen jetzt zum ersten Male zeigen, daß sie in ihrer Gesamtheit Bildung und Einsicht genug besitzen, um von dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen bessern und klügeren Gebrauch zu machen, als die Franzosen. Sie sollen zeigen, daß man bei uns auch dem ärmsten Tagelöhner das gleiche Stimmrecht geben kann, wie dem größten Kavallerieoffizier und dem reichsten Rittergutsbesitzer, und daß wir doch nicht Diener der Gewalt, sondern die unabhängigen und einsichtsvoollsten Männer im Lande zu unsern Vertretern wählen.

Aber das ist es nicht allein. Wir müssen die besten Männer unter uns nicht bloß darum wählen, damit sie uns Ehre vor andern Völkern machen. Wir müssen sie auch darum wählen, damit zum Heile von uns Allen das Werk des norddeutschen Bundes auf eine wirklich gute und dauerhafteste Weise zusammengesetzt werde. Denn wenn durch unsere Nachlässigkeit die Wahlen so ausfallen, wie es der Zufall eben mit sich bringt, oder wie es die offenen und heimlichen Feinde unseres Vaterlandes haben wollen, dann kommt der norddeutsche Bund entweder gar nicht zu Stande, oder er wird ein so unnützes und haltloses Ding, daß wir Schaden und Schande davon haben.

Woher kommt es aber, daß trotz alledem auch mancher sonst verständige Mann um die ganze Bundes Sache sich immer noch so wenig kümmert? Es kommt daher, daß viele Leute, und nicht ganz mit Unrecht, sagen: „Was nützt uns dieser ganze norddeutsche Bund,

was nützt uns dieser große und mit so viel theurem Blute erkaufte Machtzuwachs des preussischen Staates, wenn es dabei mit allen Dingen, die unser Wohl und Wehe zu allernächst angehen, doch beim Alten bleiben soll? Unsere Generale und unser ganzes Heer haben sich freilich einen schönen Ruhm erworben, und unsere Minister haben mit den vielen und schweren Opfern, die es uns gekostet hat, sich einen großen Namen in der Welt gemacht. Aber im Lande selbst ist darum nichts besser geworden. Die Klagen über so manche Mängel im Gerichtsweisen werden nicht gehört; von den vielen Hindernissen, mit denen der Landmann, der Gewerbetreibende, der einfache Arbeiter zu kämpfen hat, wird nichts weggeräumt; in den Städten werden die Magistrats- und die Stadtverordneten bevormundet, wie immer, und auf dem Lande bleibt es mit der Kreis- und Gemeindeordnung und mit der gutsherrlichen und Domänen-Polizei, wie es gewesen ist. So wird der Ruhm unserer Heeres und der große Name unserer jetzigen Minister uns am Ende weiter nichts einbringen, als über kurz oder lang eine Vermehrung unserer Kosten und Abgaben und wohl gar einen neuen und viel gefährlicheren Krieg, als wir ihn diesen Sommer gehabt haben.“

Aber so spricht, daß nicht ganz Unrecht; aber Recht hat er darum auch nicht. Er würde nur dann Recht haben, wenn es wahrscheinlich wäre, daß auch nach willkürlich guten Wahlen zum deutschen Reichstage, und daß auch nach einer willkürlich guten und tüchtigen Einrichtung des norddeutschen Bundes es mit allen übrigen Dingen vollständig beim Alten bleiben könnte. Aber das ist nicht wahrscheinlich, ja wir möchten es fast für unmöglich halten.

Die Machterweiterung Preussens ist hauptsächlich darum angestrebt worden, damit wir selbst und mit uns das ganze deutsche Volk gegen den Reich Oesterreichs und gegen die Eroberungslust Frankreichs und Rußlands sicherer gestellt werden, als wir es leider bisher waren, aber es würde diese Vergrößerung genau das Gegentheil von dem bewirken, was sie bewirken soll,

wenn die neu erworbenen Länder und das Volk in den neuen Bundesstaaten durch die preussische Regierung nicht besser, sondern wohl gar schlechter gestellt würden als bisher. Besser stellen aber kann sie doch die Regierung nicht allein. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sie der Mithilfe einer einsichtsvollen und tüchtigen Volkserziehung dazu bedarf. Kann man sich aber wohl denken, daß die Regierung von dem norddeutschen Parlamente verlangen sollte, zwar die Lage der Braunschweiger und Oldenburger, der Mecklenburger und Sachsen zu verbessern, aber in Preußen selbst alle bei dem Volke nicht beliebten Einrichtungen und allen unnützen Druck ruhig fortbestehen zu lassen? Oder, traut man der Regierung zu, daß sie von dem preussischen Landtage zwar im nächsten Jahre fordern werde, daß er gute und zufriedenstellende Einrichtungen für die neuerworbenen Provinzen genehmigen soll, daß sie aber dabei jede Verbesserung in der Lage der alten Provinzen verweigern könnte?

Unser Leser wissen längst, daß wir kein übermäßiges Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung haben, namentlich soweit es sich um die inneren Angelegenheiten des Landes handelt. Aber das sollte am Ende doch Jedermann begreifen, daß unser Land und unser Volk in einer sehr viel erusteren Lage sich befinden, als in den Zeiten, da die kühne Politik des Grafen Bismarck noch nicht aus Tageslicht gekommen war. In einer solchen Lage kann man nicht spielen und sparen. Da kann man nicht Rudern und Funken zu Liebe die Kraft und das Wohl des Landes hintenansetzen. Da muß man, so schwer es auch ankommen mag, sich endlich doch entschließen, die gerechten und nothwendigen Forderungen des Volkes zu befriedigen. Denn das muß schließlich auch der Willkürliche anerkennen, daß man in der gegenwärtigen Lage unseres Staates den Meidern und Feinden nicht gar noch dadurch Muth machen darf, daß man die Kräfte des eigenen Staates nicht aufsummen läßt, und daß man Mißmuth und Unzufriedenheit im Herzen des eigenen Volkes groß und immer größer zieht.

Freilich wird es immer Leute geben, die nicht Verstand genug haben, um das zu begreifen. Aber eine Regierung, die das nicht begreift, würde in Preußen von Tag zu Tag unzulässiger werden. Doch kommt es dabei nicht bloß darauf an, daß die Regierung es begreift, sondern das Volk selbst muß beweisen, daß es in allen seinen Schichten dieselbe Einsicht besitzt. Und fragen wir, wodurch es diesen Beweis liefern kann, so wird uns darauf keine andere Antwort gegeben, als die:

„Daß das preussische Volk ein kluges Volk ist, wird es unter den jetzigen Verhältnissen dadurch beweisen, daß es bei den bevorstehenden allgemeinen und direkten Wahlen mit allem Eifer sich betheiltigt, und daß es zu seinen Vertretern im norddeutschen Parlamente nur solche Männer wählt, die ihm Ehre machen.“

Preußen. Am 12. v. M. ist der Landtag nach einer sechsmonatlichen Vertagung wieder zusammengetreten. Das Abgeordnetenhaus hielt an diesem Tage gleich die Sitzung, in welcher der Finanzminister das Budget vorlegte. Wie oben aus bemerkt und aus den Mittheilungen des Ministers folgender hervor: Das Ende des Jahres 1865 sind alle Rechnungen abgeschlossen, und es besteht an dieser Zeit bei der Staatseasse keine Verpflichtung, für welche nicht die Deckung reservirt und vorhanden wäre. Die Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres sind noch nicht vollständig zu übersehen; im Allgemeinen ist aber anzunehmen, daß die Einnahmen ausreichen, alle eventuellen Ausgaben zu decken. Es ist nicht notwendig gewesen, bis jetzt vom dem Kredit Gebrauch zu machen, der durch das Gesetz vom 28. September auf Höhe der 60 Millionen votirt war. Es haben die vorhandenen Mittel ausgereicht, um die Kriegskosten, so weit sie überhaupt liquidirt waren, zu zahlen. Es sind nach dem vorher erwähnten Beschlusse dem Staatschätze 27 Millionen Thaler zugewiesen worden, und eben so ist es thunlich gewesen, den Verkauf derjenigen Effekten, welche mit zur Deckung der Kriegskosten dienen sollten, schon im Monat September zu stillen.

In dem neuen Etat sollen die Schiffsabgaben auf dem Rhein und der Reichsflößerei auf 6 Egr. fest und endlich soll eine Ermäßigung des Briefpostens um 1. Takt ab eintreten.

Die gesammte Einnahme im vorliegenden Etat beträgt die Summe von 168,804,000 Thlr. Darunter befindet sich ein extraordinärer Zuschuß aus den Kriegskontributionen von 4,600,000 Thlr. zur Verstärkung der Marine. Nach Abzug dieses extraordinären Zuschusses überbleibt also der neue Etat den Veranschlagung für 1866 von 7,210,000 Thlr. Unter den Mehreinnahmen befinden sich die direkten Steuern mit 642,000 Thlr. und die Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer mit 775,000 Thlr.

Von den durch die Mehreinnahmen disponiblen Geldern sind Ausgabe-Erhöhungen 2,400,000 Thlr. zur Verbesserung der Beoldungen für Beamte und zwar fast ganz für Unterbeamte und Lehrer, und zur Erhöhung des Soldes der Soldaten bestimmt. Davon sind 201,735 Thlr. zur Verbesserung des Gehaltes der Elementarlehrer bestimmt.

Für das Kriegsministerium werden im Ganzen 787,969 Thlr. mehr verlangt. Zur Erhöhung des Soldes der Mannschaften um 6 Pf. pro Mann und Tag sind etwa 1 Million Thaler bestimmt. Ein Theil dieser Summe, sowie die sammtlichen übrigen Mehrausgaben der Militärverwaltung sind durch Beschränkungen bei verschiedenen Etatstellen gedeckt worden. Im Extra-Ordinarium 571,000 Thlr. hauptsächlich zu baulichen Anlagen, wobei zu bemerken ist, daß von den ursprünglichen Etatsansätzen pro 1866 nach Ausbruch des Krieges 824,000 Thlr. nicht verwendet worden sind, für welche durch die nebenstehende Summe noch nicht vollständig Ersatz geleistet wird. Für das Marine-Ministerium werden im Extra-Ordinarium 416,000 Thlr. mehr verlangt im Besentlichen zur Verstärkung des Flottille zu Hafenbauten an der Jade bestimmt. Außerdem sind im Extra-Ordinarium der Marine zur Herstellung und Befestigung des Marine-Etablissements an der Kieler Bucht 500,000 Thlr. und zur Beschaffung von 3 Panzer-Fregatten, beziehungsweise Armierung derselben 4,120,000 Thlr., zusammen 4,620,000 Thlr. in Ansatz gebracht worden, welcher Summe eine Einnahme von gleicher Höhe aus den Kriegskosten-Entschädigungen gegenübersteht.

Das Haus beschloß, auf den Antrag des Abg. Michaeli, das Budget nicht der Budget-Kommission zu überweisen, sondern der Beschleunigung wegen, damit das Budget noch vor Anfang des nächsten Jahres zum Gesetz erhoben werden könne, dasselbe im Hause selbst vorzubereiten. Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Vorschlages fand eine sehr lebhaft debattirte; unsere Leser finden das Besondere über diesen Gegenstand in einem besonderen Artikel in dieser Nummer unseres Blattes.

In der Sitzung am 13. d. Mts. legte das Ministerium dem Hause verschiedene Gesetzentwürfe vor, darunter einen Gesetzentwurf, betreffend die Uebernahme der Kosten der Grundtuerneueranschlagung aus den Staats-Einkünften, dann wegen Aufhebung der Rhein-Schiffahrt-Abgaben, wegen Regelung der privatrechtlichen Stellung der Genossenschaften und wegen Aufhebung des Zuschlages zu den Gerichtskosten.

In der Sitzung am 16. legte der Finanzminister den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste, vor. Derselbe lautet:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt: Zur Verleihung von Dotationen an preussische Helden, welche zu dem glücklichen Ausgange des letzten Krieges in hervorragender Weise beigetragen haben, wird die Summe von 1/2 Millionen Thalern aus den eingehenden Kriegsschädigungen bereit gestellt. — Die Verwendung dieser Summe bleibt königlicher Bestimmung vorbehalten. — Gegeben u.

Die Motive zu diesem Gesetzentwurf nehmen darauf Bezug, daß nach den Bekräftigungen ähnlich verfahren sei, und heißt es dann weiter: „Der letzte Krieg hat den preussischen Namen mit neuen unvergänglichen Ehren verherrlicht und der Monarchie eine Erweiterung ihrer Machtstellung eingetragen, welche von keinen früheren Erfolgen preussischer Großthaten übertroffen wird. Auch in diesem Kriege haben preussische Helden in Fingebung und Ausdauer vorangeleuchtet und durch heldenmüthiges Ringen und Vorkämpfen sich ein Andenken gesichert, welches die Nachwelt in treuer Verehrung bis in die fernsten Zeiten bewahren wird. Diesen Männern den Dank ihres königlichen Herrn und des Vaterlandes zu bezeugen, wird in vollem Vertrauen des bereiten Gegenkommens der Landtag um seine verfassungsmäßige Mitwirkung ergegangen. In ihn ergab durch die gegenwärtige Vorlage die Aufforderung zur Bewilligung der Mittel, welche die Krone in den Stand setzen werden, durch Verleihung von Dotationen nach dem Vorgange einer früheren großen Zeit Verdienste, welche der Geschichte angehören, auf eine der Ehrenewürdigen Weise zu ehren.“

Die Art und Weise, wie diese Vorlage beraten werden sollte, gab zu einer längeren Debatte Veranlassung. Ein Theil des Hauses wollte den Gesetzentwurf durch Schlußberatung im Hause erledigen, offenbar in der Absicht, ihn ohne große Diskussion unanändert anzunehmen. Ein anderer Theil, welcher in dem Gesetzentwurf die Namen der einzelnen, welche die Dotationen erhalten sollen und die Höhe der Dotationen aufnehmen wollte, waren für Vorberatung im Hause, und schließlich wollten diejenigen, welche die Diskussion der einzelnen Namen als eine mit Distinktion zu behandelnde Sache ansehen, den Entwurf zur Vorberatung an eine Kommission verweisen. Die Mehrheit des Hauses trat dieser letzteren Ansicht bei.

Das Herrenhaus hat noch keine Sitzung gehalten.

Von den Unterzeichnern der „Erklärung“, über welche wir in Nr. 44 unseres Blattes gesprochen haben, sind neunzehn zu einer neuen Faktion zusammengetreten, welche sich neue Faktion der liberalen Partei nennt. Derselbe hat erklärt, daß sie mit den beiden großen liberalen Faktionen in freundschaftlichem Verhältnis verbleiben wolle, da sie mit ihnen als zur entscheidenden liberalen Partei gehörend, sich auf gemeinsamen Boden wisse und daß sie an den gemeinsamen Verhandlungen der liberalen Partei gern theilnehmen werde.

Norddeutscher Bund. In Kette ist jetzt auch das Wahlgesetz zum norddeutschen Parlamente vubereitet worden.

In der Provinz Oberhessen will man den Grafen Bismarck zum Abgeordneten für das norddeutsche Parlament wählen.

Süddeutsches Land. In Stuttgart hat eine Versammlung von jüdischen Abgeordneten stattgefunden, welche sich für den Ausschluß an Preußen und für Einführung der Reichsverfassung ausgesprochen hat. Nur wenn der Ausschluß an Preußen sich nicht ausführen lasse, will man einen Südbund stiften.

In Baden glaubt man, daß die Regierung eine Militärkonvention mit Preußen abschließen werde.

Neueste Nachrichten.

In Tübingen hat der Universitätsrat die Nichtbilligung des Beschlusses des Prof. Pauli, welcher einen Artikel über die Verhältnisse der Universität veröffentlicht hatte, ausgesprochen.

Petersburg, 17. November. Die gesendete Reduktion des Marine-Budgets istfrüher sich auf die Einschränkung einiger Nebungsfahrten. Die Zahl der Schiffe bleibt unverändert.

Das Budget für 1867 und seine Behandlung im Abgeordnetenhaus.

Der Finanzminister hat dem Hause das Staatshaushalts-Gesetz für das Jahr 1867 in der Sitzung am 12. d. M. vorgelegt. Wir haben in unserer Wochenzeitschrift die wesentlichen Zahlen dieses mit einer Einnahme und Ausgabe von fast 169 Millionen Thalern abschließenden Staatshaushalts mitgeteilt, und wollen hier nur über die neue Behandlung des Budgets im Abgeordnetenhaus sprechen.

Früher wurde das vorgelegte Budget regelmäßig der Budgetkommission überwiegen, welche die einzelnen Etats so gütig prüfte und dann dem Hause zur Beschlußfassung vorlegte. Aus dem gedruckten Berichte der Budgetkommission sowohl über das ganze Budget wie auch über die einzelnen Etats konnte sich jeder Abgeordnete vor der Beratung im Plenum ein klares Bild der Sachlage machen und demnach seine Abstimmung einrichten.

Diese Art der Behandlung, so viele Vortheile sie auch bietet, hat doch den großen Nachtheil, daß der weitestliche Theil der Verhandlungen in den nicht öffentlichen Kommissionssitzungen stattfindet, und daß das Volk aus den Berichten über die öffentlichen Plenarsitzungen eigentlich nur die Resultate erfährt, während ein Theil der Motive, weshalb die Budgetkommission diese oder jene Anberung vorgenommen, weshalb sie diese oder jene geforderte Summe getridren oder bewilligt hat, sich ganz der Kenntnisaufnahme des Publikums entzog. Es ist dies ein Mangel, den unsere parlamentarische Geschäftserordnung mit ihren Kommissionberatungen in ihrem notwendigen Folge hat und der nicht nur bei der Budgetberatung, sondern auch bei allen anderen Beratungen von Gesetzen hervorgetreten ist, und auf dessen Beseitigung auch schon vielfach hingearbeitet worden ist, ohne

daß jedoch bis jetzt schon ein einziges wesentliches Gesetz ohne vorhergehende Kommissionsberatung vom Hause angenommen worden ist.

Wenn man so aber auch das Nützliche der Kommissionsberatungen anerkennt, so bleibt doch noch immer die Frage, ob in diesem Augenblick der Antrag auf Vorberatung des Budgets im Hause gerechtfertigt ist? Er ist gestellt worden und man hat ihn motivirt einerseits mit den Gründen, welche im Allgemeinen gegen die Kommissionsberatungen und für die Vorberatung im Hause sprechen, andererseits aber mit dem Grunde, daß es nothwendig wäre, das Budget diesmal sehr schnell durchzubekommen, um endlich einmal das Staatshaushaltsgesetz vor dem Beginn des Jahres festzustellen, und daß die Beratungen durch die Budgetkommission nur verzögert werden würden.

Der letztere Grund dürfte wohl bestimmend auf einen großen Theil derjenigen eingewirkt haben, welche sich für die vom Hause beschlossene Vorberatung im Hause ausgesprochen haben, und wir wollen sehen, ob es zutreffend ist.

Die Vorberatung im Hause soll am 21. d. Mts., also 9 Tage nach Vorlegung des Budgets, beginnen. Bis dahin würde die Budgetkommission schon eine große Anzahl von Etats durchberathen und festgesetzt haben, so daß die Plenarberatungen über dieselben würden stattfinden können, und während das Haus so am Tage die Verhandlung der einzelnen fertigen Etats vornehmen könnte, würde die Budgetkommission am Abend immer neue Etats fertig machen, und so die ununterbrochene Beratung des Budgets in Plenum des Hauses möglich machen. So scheint durch die Annahme der

Vorberatung im Hause keine Zeit gewonnen zu sein, aber man wird sich, wie wir glauben, sehr schnell überzeugen, daß sogar Zeit verloren wird, denn es ist ein großer Unterschied, ob eine Verammlung von 350 Mitgliedern eine Sache in einer Art und Weise debattirt, deren Formen ihr längst gewohnt sind, oder ob sie eine ganz neue, ihr noch fremde Art der Beratung vornehmen soll, bei welcher sie fortwährend auf Gegenstände stoßen wird, bei der man sich die Frage stellen wird: Wie sollen wir hierbei verfahren?

Daß solche Schwierigkeiten hervorgerufen werden, das hat schon die Vorbesprechung über die Art und Weise gezeigt, wie man die Vorberatung ausführen solle, und wir glauben, daß wenn man trotz solcher Schwierigkeiten das Budget bis vor Weihnachten durchberathen will, die Absicht, dem Lande durch eine gründliche öffentliche Debatte Aufschluß über alle Motive der Abstimmung zu geben, sehr wenig zur Ausführung kommen wird, denn die Schnelligkeit wird keine Gründlichkeit dulden.

Wir meinen, so wünschenswerth auch die allgemeine Anwendung der Vorberatung im Hause ist, so ist die erste Anwendung derselben bei dem schwierigsten Gegenstand der Beratung und in einem Falle, wo sich aus wichtigen Gründen eine recht schnelle Erledigung des Gegenstandes empfiehlt, nicht zweckmäßig. Der Verlauf der Beratungen wird, wie wir fürchten, unsere Ansicht als gerechtfertigt erscheinen lassen, und wenn man auch durch große Anstrengungen die Schwierigkeiten überwinden will, so glauben wir doch nicht, daß man damit dem Lande einen großen Dienst leistet.

A n z e i g e n.

20,000 Gulden baares Silbergeld,

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der großen Frankfurter Geldverloosung betheiligt, sowie weitere Hauptlotterien von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000 *ic.*

Diese von der hohen kaiserlichen Regierung genehmigte und der Stadt garantierte

Neueste große Prämien-Verloosung

bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vorteile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen.

Das ganze Einlagekapital wird binnen 5 Monaten mittelst Ziehungslosungen zurückbezahlt und müssen planmäßig bis dahin sämtliche 12,500 Gewinne, 11 Prämien und 18,400 Antheile von den Interessenten erlangt werden.

Ganze Originallose kosten fl. 6. — oder Nbrl. 3. 13.
Halbe " " " 3. — " " 1. 22.
Viertel " " " 1½ " " — 26.

(Diese Originallose sind mit dem Staatsbillet verbunden.)

Die von dem 12. und 13. December a. e. beginnenden Ziehungen werden Beilagen unter Beifügung des Betrages oder gegen Bestätigung sofort pünktlich ausgeführt und die erforderlichen Pläne gratis beigefügt. Nach stattgehabter Ziehung erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinne baar überschickt.

Legitime Auskunft in Betreff dieser großen und interessanten Verloosungen wird gerne erteilt und eine stets reelle gute Bezeichnung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigt direkt zu wenden an

L. Steindecker-Schlesinger,
Bank- und Wechsel-Gesellschaft
in Frankfurt am Main.

Zu verkaufen:

P. Gmelin's Handbuch der Chemie (neueste Auflage).
Band 1-6 und 8 in Falschfranzband; Band 7 (53-57. Lieferung).

Berzelius Chemie. 5. Band. Neueste Auflage. Halbfranz.
Regnault, Chemie, deutsch von Boedeker. 4 Bände. Halbfranz.

Wiegand, organische Chemie. 2 Bände.

Liebig, Chimie organique. 1 Band gr. Quart. Halbfr.
Cahours, Leçons de chimie. 4 Bände. Halbfranz.

Eisenlohr, Physik. 7. Auflage. Halbfranz.

Dove und **Kugniat**, Wörterbuch der Physik und Chemie. 3 Bände. Halbfranz.

Sammtliche Bücher sind sehr gut erhalten; Gebote auf dieselben werden frankirt unter der Adresse: Dr. L. in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Stammelnnde und Stotternde

werden in meiner Anstalt in kurzer Zeit methodisch geheilt.
— Älteste und Dantschreiben von 214 Geheilten, sowie Zeugnisse mehrerer Aerzte *ic.* liegen bei mir zur Einsicht offen, und werden letztere auf Verlangen mitgetheilt.

— Briefe franco.

Burgsteinfurt, Provinz Westfalen.

C. Denhardt.

Eine Luftpumpe mit Selbststeuerung und mit zwei Tellern zum Abschränken ist für 18 Thlr. zu verkaufen. Adressen franco sub P. in der Expedition dieses Blattes.